

Mein Berlin, mein Berlin.....(II)

Als hätte er den Berlin-Artikel in unserem letzten Mitteilungsheft gelesen:
Am 6. Dezember 2006 berichteten die Berliner Zeitungen von der öffentlich erhobenen Forderung des Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Wulff:

Alle Bundesministerien gehören nach Berlin! Diese Forderung hebt sich erfreulich deutlich ab von seinen Kommentaren im Zusammenhang mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das Berlin Hilfen in der derzeitigen Finanznotlage verweigerte.

In der SPD-Monatszeitschrift (12/06 – 01/07) „Vorwärts“ wird der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit mit einer sehr klaren Aussage zitiert:

„Viele westdeutsche Länder haben vom Bau der Mauer profitiert, weil Unternehmen danach ihren Sitz von Berlin weg verlegt haben. Wenn die Mauer nicht gebaut worden wäre, wäre Berlin ein Geberland und würde den Rest der Republik mitfinanzieren.“

Eine besondere Belastung für Berlin ist immer noch die Haltung des Bundes zum sogenannten Reichs- oder Rückfallvermögen. Darunter sind die Flächen zu verstehen, die seit 1873 kostenfrei von den damaligen Ländern an das Deutsche Reich abgetreten wurden. (vgl. hierzu den Artikel 134 unseres Grundgesetzes.)

Alle übrigen Bundesländer haben diese Flächen, wenn sie nicht vom Bund für eigene Aufgaben benötigt wurden, längst zurückerhalten.

Für Berlin-Ost wurde diese Frage im Einigungsvertrag abschließend positiv auch für Berlin geregelt. Für Berlin-West geht es bei diesen Vermögenswerten um Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 9,5 Millionen m² ; das sind mehr als 2% der gesamten Fläche der West-Berliner Bezirke!

Gemessen an den im Jahre 2005 ermittelten Verkehrswerten geht es dabei um 250 Millionen € zuzüglich der inzwischen vom Bund für insgesamt 52 Millionen € erzielten Verkaufserlöse.

Wieviel Mieten/Pachten Berlin an den Bund jährlich zahlt, wird leider nicht zentral erfasst.

Obwohl sich der Bundesrat am 26. November 2004 **einstimmig** (16:0:0) für die Rückgabe dieser Vermögen an Berlin aussprach, lehnte der Bundestag am 16. Juni 2005 eine Änderung des Reichsvermögen-Gesetzes ab.

Seit Dezember 2005 läuft jetzt das vom Land Berlin gegen den Bund eingeleitete Normenkontroll-Verfahren beim Bundesverfassungsgericht. Fachleute schätzen, dass mit einem Urteil nicht vor Ende 2009 zu rechnen ist.

Die Abstimmung im Bundestag fand kurz vor der letzten Bundestagswahl, 16 Monate vor der Verkündung des Urteils des Verfassungsgerichts statt – wäre es da nicht an der Zeit, dass die neue -Große- Koalition diesen für Berlin so einschneidenden Beschluss endlich revidiert?!

Detlef Schuster
Kreisvorsitzender

SPD-Haushaltspolitiker: Doppelregierungssitz schadet Klima

Leipzig/Berlin - Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Carsten Schneider, hat einen kompletten Regierungsumzug von Bonn nach Berlin gefordert. Klimaschädlicher als die PS-starken Dienstwagen der Minister sei „garantiert die viele Herumfliegerei zwischen Rhein und Spree“, sagte Schneider der „Leipziger Volkszeitung“. Laut Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ hat Bonn im Zuge des Hauptstadumzugs mehr Geld vom Bund erhalten als Berlin. Bonn bekam rund 1,44 Milliarden Euro, Berlin 1,38 Milliarden. dpa

Tagesspiegel vom 21.02.2007